# Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Laden & Comp., Nr. 20613.

**Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.**

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden

**Bezugspreis** einschließlich Bringerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 12.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 5.75 M. Einzelnummer 25 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

**Schriftleitung:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

**Anzeigenpreis:** die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 98 | Dresden, Donnerstag den 29. April 1920 | 31. Jahrg.


# Bruch der Koalition in Sachsen?

## Die Demokraten für Auflösung der Volkskammer

N. Der demokratische Vizepräsident der sächsischen Volkskammer, Dr. Dietel, veröffentlicht im Dresdner Anzeiger einen Artikel, der offenkundig nicht nur die Ansichten sondern bereits gefaßte Beschlüsse der demokratischen Volkskammerfraktion widerspiegelt. Es werden darin Vorwürfe gegen die sozialdemokratischen Vertreter erhoben, die bei aller Sachlichkeit in der Form doch die Absicht verraten, mit Rücksicht auf die demokratischen Wahlaussichten die Koalition mit der Sozialdemokratie aufzugeben, wenigstens nicht über die Reichstagswahlen hinaus die demokratische Vertretung in der sächsischen Regierung aufrechtzuerhalten. Es kommt dabei weniger darauf an, ob die Vorwürfe begründet sind, sondern daß sie zu dieser Stunde erhoben werden, wo sie die Lage in Sachsen außerordentlich komplizieren müssen, vor allem aber, daß so öffentlich Aussprache mit der sozialdemokratischen Fraktion, die heute stattfinden sollte. Besonders dadurch erweckt dieser Angriff in der Oeffentlichkeit den Eindruck, als wollte man von vornherein eine Verständigung über die Neubildung der Regierung unmöglich machen, wenigstens soweit es sich um eine solche über die Zeit der Reichstagswahlen hinaus handelt. Auch die Tatsache, daß die Demokraten anscheinend entschlossen sind, in der Frage einer gemeinsamen Neuwahl von Reichstag und Landtag an einem Tage und der Volkskammerauflösung zusammenzugehen, spricht deutlich für unsre Auffassung über die Absichten der Demokraten. Natürlich sind sie weit davon entfernt, etwa eine Koalition mit den Unabhängigen anzustreben, aber sie wollen eine Verlängerung der jetzigen Koalitionsregierung über die Reichstagswahlen hinaus nicht mehr mitmachen und fordern die Neuwahl der Volkskammer.

Dabei macht Dr. Dietel, offenbar im Auftrage der demokratischen Volkskammerfraktion, geltend, daß nur durch sofortige Neuwahlen die Situation geklärt und ein Boden für eine tragfähige Regierung geschaffen werden könne. Denn die Sozialdemokratische Partei könne heute kaum noch mit Recht behaupten, daß ihr Anhang im Lande sie dazu berechtige, die führende, ja ausschlaggebende Rolle in der sächsischen Politik zu spielen. Ohne über letzteres mit den Demokraten rechten zu wollen, müssen wir ihnen doch entgegenhalten, daß darüber doch die Reichstagswahlen einen gewissen Aufschluß bringen müssen und sich überdies heute die Volksstimmung so schnell verschiebt, daß man auch auf ein Wahlergebnis vom Juni 1920 nur auf kurze Zeit die Regierung aufbauen könnte, wenn man Dr. Dietel folgen wollte. Es läßt sich kaum leugnen, daß sich schon unmittelbar nach den letzten Volkskammerwahlen ein gewisser Umschwung auch zu Ungunsten der Demokraten vollzogen hatte, wie verschiedene Wahlen bewiesen haben, ohne daß sie sich hätten davon abhalten lassen, mit den Sozialdemokraten zusammen eine Koalitionsregierung zu bilden. Ja, es kann gesagt werden, daß die Stimmung im Volke zur Zeit der Sozialdemokratie wesentlich günstiger ist als vor einem halben Jahre, also zu der Zeit, wo die Demokraten nicht nur zum Eintritt in die sächsische Regierung bereit waren, sondern das auch nachdrücklich forderten. Wenn sie sich jetzt auf einmal von ganz andern Rücksichten bestimmen lassen, gibt es dafür nach Lage der Sache nur eine Erklärung: Wahlpolitik.

Es handelt sich für uns keineswegs darum, die Demokraten in diesem Punkte andern Sinnes zu machen. Das würde ja auch aussichtslos sein, wenn sie, wie es scheint, angesichts der Wahlen die Rücksicht auf ihre mehr rechts stehenden Wähler besonders hoch veranschlagen. Nur sollten sich die Demokraten über die Schwierigkeiten einer sofortigen Volkskammerneuwahl nicht so leicht hinwegsetzen, wie es Dr. Dietel tut. Er muß selbst zugeben, daß diese Volkskammer das Wahlgesetz unbedingt noch erledigen müßte. Das ist schon keine ganz kleine Aufgabe; er übersieht dabei überdies, daß vor dem Wahlgesetz die Verfassung erledigt und ersteres nur auf dieser aufgebaut werden kann. Ueber die Notwendigkeit einer alsbaldigen Etatsberatung will sich Dr. Dietel dadurch hinwegsetzen, daß er alle Zahlungen vorschußweise weiter leisten will. Das würde bedeuten, das jetzige System der Teuerungszulage auf längere Zeit beizubehalten, die Beamten mit der Besoldungsreform auf unbestimmte Zeit zu vertrösten und sie mit ihren dringend geltend gemachten Forderungen auf die Ungewißheit einer zukünftigen Zusammensetzung der Volkskammer abzuschieben. Die Beamten haben keine Zusagen von dieser Volkskammer erhalten; es darf nicht sein, daß die jetzige Mehrheit die ebenso schwierige wie notwendige Besoldungsreform durch eine Selbstauflösung von sich schiebt. Damit kann sich vor allem die jetzt führende sozialdemokratische Fraktion nicht einverstanden erklären. Ueberdies ist es schwer zu ertragen, wenn mit der Beratung eines Etats erst im Juli begonnen werden könnte, der schon vom 1. April an gilt.

Das sind im wesentlichen die Gründe, die die Sozialdemokratische Partei veranlaßt haben, ihre Forderung auf Vornahme der Landtagswahlen am Reichstagswahltage endgültig aufzugeben, wenn wir nicht irren, sogar im Einvernehmen mit den Demokraten. Wenn diese jetzt andrer Meinung geworden sind, haben dabei offenbar auch Verstimmungen über das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion mitgewirkt, die man verstehen kann, denen aber deshalb nicht beizupflichten ist, weil die durch den Kapp-Putsch geschaffene Situation die sozialdemokratischen Vertreter verpflichteten, eine geschlossene Phalanx der Linken herzustellen und dazu auch Verhandlungen nötig wurden, die den Demokraten sichtlich auf die Nerven gefallen sind. Doch sehen wir zu, was Dr. Dietel darüber anzuführen hat. Er erhebt die Frage, ob die Koalition zwischen Sozialdemokraten und Demokraten ohne weiteres fortgehen kann und führt dazu aus:

Zur Beantwortung dieser beiden Fragen ist zunächst zu beachten, daß die S. P. D. seit dem Zusammentritt der Volkskammer mehrmals an die U. S. P. herangetreten ist, um sie zum Eintritt in die Regierung zu gewinnen. Jedesmal erhielt sie einen Korb. Selbst nachdem Dr. Gradnauer nach dem Eintritt der Demokraten in das Ministerium erklärt hatte, die Türe nach den Unabhängigen sei geschlossen, haben solche Verhandlungen wohl nicht ganz geruht und sind ernstlich in den Tagen des Kapp-Putsches und danach geführt worden. Und das, obwohl die sozialdemokratische Fraktion gemeinsam mit der demokratischen Fraktion eine Erklärung veröffentlichen ließ, die eine Neubildung der Regierung in Abrede stellte, da die Minister das Vertrauen der Mehrheitsfraktion besäßen. Die Mehrheit der Fraktion empfand — ihr linker Flügel von vornherein — die Koalition nicht als politische Notwendigkeit, sondern als ein zur Zeit notwendiges Uebel. Die Demokraten waren nur die Platzhalter für die Unabhängigen, und sie werden sie auch bis nach den Wahlen bleiben.

Die sozialdemokratische Fraktion hat ihr Verhalten den Demokraten gegenüber von diesem Gesichtspunkte aus eingerichtet. Nicht nur, daß sie bis zuletzt fortdauernd mit den Unabhängigen verhandelte und die demokratische Fraktion als die ihr doch verbündete Fraktion bei der Erzwingung des Rücktritts Dr. Gradnauers einfach vor die Tatsache stellte, ohne ihr vorher auch nur die geringste Andeutung zu machen, sie hat auch in ihrer politischen Stellungnahme zu Tagesfragen und bei ihren Entschließungen wenig oder besser gar keine Rücksicht auf die Verbündeten genommen. Die sozialdemokratischen Minister brachten ihre Vorlagen ein ohne die geringste Fühlungnahme mit der demokratischen Fraktion und versetzten diese dadurch oft in peinlichste Lage. Dasselbe tat die sozialdemokratische Fraktion bei ihren Anträgen. Ich erinnere nur an die jüngst eingebrachten Anträge, stillgelegte Betriebe vorübergehend in staatliche Verwaltung zu nehmen und den Revolutionstag als Feiertag zu begehen. In der unglückseligen Schulpolitik änderte sie ihre Haltung trotz Koalition um kein Jota; sie lehnte einfach ohne Fühlungnahme mit der demokratischen Fraktion die vom Unterrichtsminister Dr. Seyfert eingebrachte Vorlage ab, die den Religionsunterricht bis zum Erlaß eines Reichsschulgesetzes aufrecht erhalten wollte; sie hielt den Rechtsbruch aufrecht, den sie an den Schuldirektoren begangen hat.

Schon aus diesen Gründen wird es sich die demokratische Fraktion sehr überlegen müssen, ob sie an der Koalition festhalten will. Entscheidet sie sich dafür, so muß sie Garantien verlangen, die die schuldige formelle und sachliche Rücksichtnahme auf den andern Teil der Verbündeten verbürgen.

Wenn die Demokraten, trotzdem es ihnen so schwer gemacht wurde, bisher an der Koalition festhielten, so taten sie es aus denselben Gründen, aus denen sie damals in die Regierung eingetreten sind, das Wohl des Landes und des nichtsozialistischen Teiles der Bevölkerung war ihnen Leitstern.

Nachdem weiter ausgeführt worden ist, daß die Demokraten einen bestimmten Einfluß in der Regierung ausgeübt haben, besonders auch in der Hölz-Affäre, fährt Dr. Dietel fort:

Indes, es wird schwer, wenn nicht ausgeschlossen sein, diesen mäßigenden Einfluß nach der Ausschiffung Dr. Gradnauers und Uhligs im neuen Kabinett auszuüben; denn die neuen sozialistischen Männer sollen doch eben namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete, in der Frage der Sozialisierung vornehmlich, eine im sozialistischen Sinne aktivere Politik machen, sollen die von den Sozialdemokraten beider Richtungen angenommenen etl Punkte zur Durchführung bringen. Wenn demgegenüber von den gemäßigten sozialdemokratischen Führern behauptet wird, die Ersetzung Dr. Gradnauers durch einen andern Mann sei von dem linken Flügel nur aus wahltaktischen Gründen erfolgt, der Kurs bleibe der alte, so muß dem berechtigter Zweifel entgegengesetzt werden. Die ganze Aktion wäre dann höchst sinn- und zwecklos. Können aber dann bei einer weiter links gerichteten Wirtschaftspolitik des Kabinetts die demokratischen Minister die Verantwortung mittragen? Und wollen sie sie tragen? Wollen und können sie das gegenüber der nichtsozialistischen Bevölkerung, wenn sie im Kabinett fortgesetzt überstimmt werden, auch in Fragen der Verwaltungs- und Kulturpolitik? Ich meine: Nein! Die demokratischen Minister und damit die Demokratische Partei wird diese Verantwortung nicht übernehmen können. Und wenn man die Frage vom Gesichtspunkte des Wahlausganges stellt, der ja selbstverständlich nicht entscheidend sein kann, so muß man erst recht zu diesem Ergebnis kommen. Es können von dem radikaleren Kabinett Entscheidungen und Maßnahmen bis zum November getroffen werden, für die die Demokratie, wenn auch nur moralisch, mitverantwortlich gemacht werden und die den Wahlausfall für die Demokraten sehr ungünstig beeinflussen können. Der Hinweis darauf, daß Juniwahlen wegen der bevorstehenden Ernährungsschwierigkeiten nur den ganz linksgerichteten Parteien zugute kämen, entgegen Novemberwahlen, die nicht unter

## Genosse Kühn, Minister des Innern!

**Die sozialdemokratische Volkskammerfraktion hat soeben mit großer Mehrheit beschlossen, zum Minister des Innern den Parteisekretär Genossen Otto Kühn zu berufen. Genosse Kühn hat sich zur Annahme des Amtes bereit erklärt.**

## Französischer Eisenbahnerstreik am 1. Mai

**Paris, 29. April.** Die Vereinigung der Genossenschaften der Eisenbahner hat mit 28 gegen 24 Stimmen beschlossen, am 30. April, um Mitternacht, in den Streik zu treten.

## Ein neues südslawisches Kabinett

**Paris, 29. April.** Nach einer Reutermeldung aus Belgrad hat der serbische Gesandte in Paris, Wesnitsch, den Auftrag zur Bildung eines neuen Kabinetts angenommen.

# Maiaufruf zum Frauentag

Wenn die Arbeiterschaft Deutschlands vor dem Kriege ihre Maifeier abhielt, dann demonstrierte sie für Völkerfrieden und Freiheit, für Arbeiterschaft und Achtstundentag. Das klassenbewußte Proletariat und seine Frauen aber zählten zur Freiheit auch das Frauenwahlrecht. Diese Forderung ist für uns erfüllt.

### Wählerinnen!

In wenigen Wochen werdet ihr wieder an die Wahlurne treten, um als politisch mündige Menschen neben den Männern euer vollgültiges Staatsbürgerrecht auszuüben. Es gilt diesmal die Wahl des ersten Reichstages der jungen Republik!

Die Sozialdemokratie übernahm am 9. November 1918 das Steuer des führerlosen Staatsschiffes. Ihre erste Tat war die Erfüllung ihres lange vertretenen Programmpunktes nach voller politischer Demokratie. Damit war

**den deutschen Frauen aller Schichten ihr Staatsbürgerrecht**

gegeben. Die Sozialdemokratie hat gehalten, was sie versprochen: Die Verfassung des neuen republikanischen Deutschland sichert den Frauen im Reich, Staat und Gemeinde das aktive und passive Wahlrecht. Sie können wählen und gewählt werden.

Der Volksstaat brachte

### das Ende der politischen Bevormundung

frei und gleich steht heute die Frau neben dem Manne!

Wohl tragen die Frauen noch besonders schwer an den Folgen des blutigen Krieges. Noch sind die seelischen Wunden nicht vernarbt, die dem Einzelnen geschlagen wurden. Noch immer ist es die bittre Sorge ums Dasein, der Kampf um das tägliche Brot und um die dringendsten Bedürfnisse für die Familie, die das Denken und Fühlen stark in Anspruch nehmen, der die Frauen bitter und ungerecht werden läßt. Die Sozialdemokratie will vollenden, was sie begonnen hat. Eine klare zielbewußte Wirtschaftspolitik muß uns herausführen aus dem Elend des Hungers und der Entbehrungen.

Neben der politischen muß

### die wirtschaftliche Gleichberechtigung

für Mann und Frau errungen werden. Die Verfassung gibt hierfür die Grundlage. Im Betriebsrätegesetz und in der Beamtenbesoldungsreform hat sich dieser Grundsatz Bahn gebrochen. Es ist das Ziel der Sozialdemokratischen Partei, im kommenden Reichstage weiter zu wirken für die volle wirtschaftliche Gleichberechtigung beider Geschlechter.

In der sozialpolitischen Gesetzgebung ist die Sozialdemokratie von jeher für einen ausgedehnten Schutz für die erwerbstätigen Frauen und Mütter eingetreten. So soll es auch in Zukunft werden. Im Gesetz über die Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge ist der Anfang gemacht mit der Erfüllung unsrer alten Forderung nach einem ausreichenden

### Schutz für Mutter und Kind

In der Verfassung ist den kinderreichen Familien der besondere Schutz des Staates zugesagt. Die unehelichen Kinder sollen die gleichen Vorbedingungen für ihre körperliche, seelische und geistige Entwicklung erhalten wie die ehelichen. Die in der Verfassung festgelegten Grundsätze zu verwirklichen, ist Aufgabe des kommenden Reichstags. Die Sorge für die Jugend des deutschen Volkes muß vornehmste Pflicht des deutschen Staates sein. Ueber die bisher geübte Sozialpolitik hinaus muß in der Gesetzgebung für das körperliche und seelische Wohl der Jugend gesorgt werden. Die Reichsschulgesetzgebung bedarf dringend des weiteren Ausbaues, um allen Kindern nach Anlage und Begabung ihre Vorbildung zu geben, ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Kräfte der Erzeuger.

In religiösen und kulturellen Fragen muß Toleranz und vornehmer Geist in Schule, Haus und im gesellschaftlichen Leben herrschen.

Wählerinnen! Sagt nicht: Was sollen wir Frauen dabei tun? Der weibliche Einfluß in der Politik muß stärker werden, damit er das politische Leben der Zukunft gestalten hilft. Sorgen wir dafür, daß dies im Interesse der breiten Masse des arbeitenden Volkes und der Kinder geschieht, vor allem aber im Sinne des Völkerfriedens!

So hat die Sozialdemokratie stets gewirkt. Auf dieser Bahn geht sie weiter.

In die Hand der deutschen Frauen ist es gegeben, dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen durch ihre Stimmabgabe für die Sozialdemokratische Partei.

**Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**


SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200429/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG